

Zum Begriff „Volkskanzler“ und der dahinterstehenden Ideologie

„Projekt Volkskanzler“ nennt die FPÖ ihren Plan, der die Partei ins Kanzleramt führen soll. Ob in Bierzeltreden oder im Parlament, ob in Presseausendungen oder bei Interviews: Seit über einem halben Jahr hält der Begriff „Volkskanzler“ nun Einzug in die politische Kommunikation der FPÖ.

Dabei hat der Begriff eine eindeutige Geschichte: Er war maßgeblicher Teil der nationalsozialistischen Propaganda für Adolf Hitler in den Jahren 1933/1934, bis er nach der gewonnenen Reichsratswahl durch die Begriffe „Reichskanzler“ und „Führer“ zunehmend verdrängt wurde.

Schon seit jeher ist es Strategie der FPÖ, mit solchen Tabubrüchen zu arbeiten. So erhält sie Aufmerksamkeit, macht von sich reden und verschiebt die Grenze des Sagbaren Stück für Stück nach rechts. Das ist sicherlich auch hier der Fall. Aber hinter dem Begriff „Volkskanzler“ stecken auch ideologische Implikationen, die auf ein rechtsextrêmes und völkisches Verständnis von „Demokratie“ verweisen. Der Begriff hat damit auch eine Signalwirkung an die Rechtsextrémen innerhalb und außerhalb der Freiheitlichen Partei.

Zur Begriffsgeschichte

Die von Goebbels ausgehende Benennung Hitlers als *Volkskanzler* kommt vor allem im Jahr 1933 häufig vor. Sie wurde durch die neue Amtsbezeichnung *Führer und Reichskanzler*, die Hitler sich durch das „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches“ vom 1. August 1934 selbst verlieh, weitgehend verdrängt. Ab 1939 forderten dann Presseanweisungen, Hitler nur noch als *Führer* zu bezeichnen. Der Begriff des „Volkskanzlers“ sollte in der nationalsozialistischen Ideologie die Verbundenheit zwischen *Volk* und *Führer zum Ausdruck bringen*.

Die Etablierung des Begriffs taucht nicht zufällig vor der Reichstagswahl 1933 auf und verschwindet wie durch Zauberhand wieder im August 1934. Denn am 2. August 1934 verstarb der damalige Reichspräsident Hindenburg. Hindenburg, der innerhalb der extremen Rechten als angeblicher Held des Ersten Weltkrieges hohes Ansehen genoss und der NSDAP zur Machtübernahme verhalf, war es, der das Wort notwendig machte: Es schuf eine betitelbare Position, die neben der unbestreitbaren Obrigkeit beworben werden konnte, ohne Hindenburg gegenüber als Insubordination aufgefasst zu werden. Sobald Hindenburg verstorben war, war das Wort nicht mehr notwendig. Eine ähnliche Funktion erfüllt der Begriff für die FPÖ auch heute, schafft er doch gegenüber der Regierung und dem verhassten Bundespräsidenten eine scheinbar „demokratische“ Legitimation abseits von Wahlen.

Verwendungsbeispiele

Auszüge aus Reden und anderen Dokumenten verdeutlichen den zentralen Stellenwert des Begriffs als Teil der Nazipropaganda:

Goebbels in einer Reportage von einer Kundgebung am 3.3.1933 zur Reichstagswahl:

*„Da marschieren die Schupo ein: Hunderte von braven Schupo-Leuten, die sich selbst hier im roten Hamburg zur nationalsozialistischen Idee bekennen, die hinter einem Fahnenymbol, das unser Symbol ist, marschieren, um den **Volkskanzler Adolf Hitler** zu grüßen. Eine Verbindung zwischen Volk und Polizei. Das Wort ist wahr geworden, das die Marxisten so oft*

mißbraucht haben: eine Volkspolizei, eine Polizei, die dazu da ist, Ruhe und Ordnung zu beschützen und dem Volke Diener, Freund und Kamerad zu sein."

Goebbels in einer Reportage am 4.3.1933:

*„Tiefe Dankbarkeit liegt über all diesen Menschen: **Adolf Hitler, der Volkskanzler**, hat gerade ihre Heimat ausgesucht, um von hier aus am Freiheitstage der deutschen Nation seinen letzten Appell an Deutschland zu richten."*

Göring bei der Eröffnung der ersten Arbeitstagung des Reichstages am 21.3.1933:

*„Wir danken aber auch unserem **Volkskanzler**, daß er heute an dieser Stätte Worte gefunden hat, wie sie sonst vielleicht kein Deutscher zu finden vermag."*

Bei der Weihe von NSBO-Fahnen in München am 1.5.1933:

*„Der nationalsozialistische Betriebszellenleiter Frey richtete die Mahnung an die Arbeiter, die Fahnen zu senken in Ehrfurcht vor der deutschen Arbeit und vor dem **Volkskanzler Hitler**."*

Kundgebung der Deutschen Akademie der Dichtung am 30.10.1933:

*„Wir Mitglieder der Deutschen Akademie der Dichtung stimmen dem Entschluß der Reichsregierung bei, einen unerträglichen Zustand durch den Austritt aus dem Völkerbund zu beenden. Wir begrüßen, daß der Aufruf ins deutsche Volk gegangen ist, seine Einigkeit in dieser Ehrenfrage vor der Welt zu bekunden. Wir erwarten, daß jeder Deutsche am 12. November durch sein Ja die gerade Politik des **Volkskanzlers Adolf Hitler** stärken wird."*

Im „Völkischen Beobachter“ vom 15.12.1933:

*„Es ist ein schönes Zeichen des überwältigenden Vertrauens, das der **deutsche Volkskanzler** genießt, daß Behörden und Private ihre Briefpost fast allgemein mit dem Hitlergruß schließen, aber das darf nicht unterschiedslos geschehen! Eine Kündigung, noch dazu vor Weihnachten, kann man jedenfalls nicht im Namen des Führers aussprechen!"*

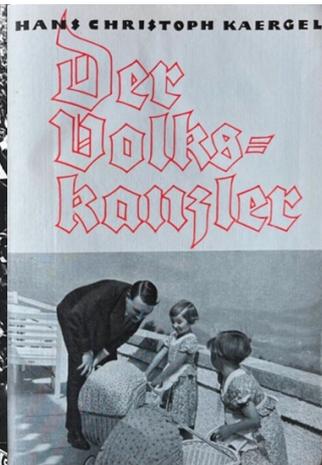
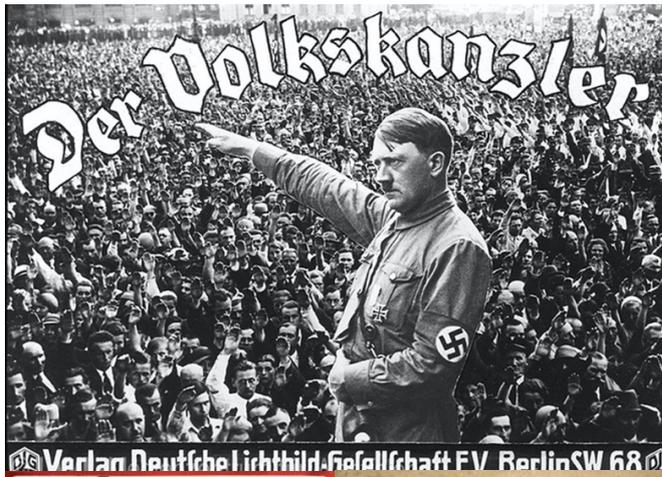
Darre am 28.1.1934:

*„Es zeigt sich auch hier wieder, daß der Arbeiter und Bauer nicht nur die treuesten Gefolgsmänner unseres Führers und **Volkskanzlers Adolf Hitler** sind, sondern auch vereint im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit den Sieg davon tragen werden."*

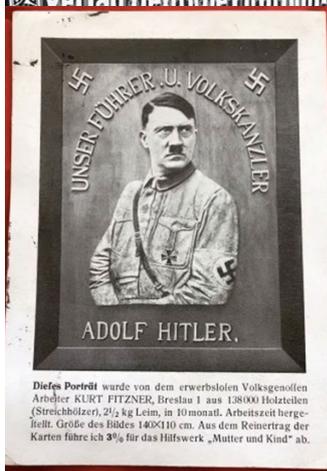
Victor Klemperers Tagebucheintragung vom 30.6.1934 markiert wohl den Höhepunkt der Verwendung des Begriffs *Volkskanzler*:

„Für mein Lexikon ist neben Schutzhaft zu setzen: der Volkskanzler."

Diverses Anschauungsmaterial



Verlag Deutsche Lichtbild-Gesellschaft EV Berlin SW 68



Ideologische Implikationen und Parallelen

In der Rede von Herbert Kickl am 1. Mai 2023 findet der Begriff „Volkskanzler“ zum ersten Mal verstärkt Verwendung. Die Rede beinhaltet annähernd alle Charakteristika rechtsextremer Agitation und veranschaulicht den ideologischen Gehalt des „Volkskanzler“-Begriffs. Zentral für den Rechtsextremismus ist das Denken und Handeln in Völkern, in scheinbar natürlich gewachsenen, homogenen Gemeinschaften. Diese (Volks)-Gemeinschaften werden der offenen, pluralistischen Gesellschaft gegenübergestellt. Das einzelne Individuum hat sich dem großen Ganzen unterzuordnen. Die rechtsextreme Staatsauffassung bleibt diesem Freund-Feind-Denken ebenso verhaftet, wie sie mit offenen Drohungen an politische Gegner:innen und Gewaltapologien rechtsstaatliche Prinzipien auszuhöhlen versucht.

In der Rede Kickls ist das „Volk“ der zentrale Bezugspunkt der Agitation. Gemeint sind damit die „einfachen“, die „normalen“ Leute, die von der Politik „verraten und verkauft“ wurden. Die Welt wird in Schwarz-Weiß, in Freund-Feind, in Gut und Böse eingeteilt. Auf der einen Seite stehen die „linkslinken Gutmenschen“, die „internationale Mafia“, die „Elite und die Schickeria“, die „Mondgesichter“ und „Degenerierten“, die „Scheinopposition“, die Freimaurer und die „Einheitspartei“. Auf der anderen Seite stehen die „Bodenständigen“, die „Geerdeten“, „Normalen“, die „schweigende Mehrheit“. Ihren politischen Ausdruck findet diese Seite einzig in der Freiheitlichen Partei. Hier zeigt sich eine zutiefst antidemokratische Rhetorik, die darüber hinaus mit NS-Vokabular arbeitet („Scheinopposition“ und „Einheitsparteien“), die alle Individuen zu einer Masse („Volk“) verrührt und ihnen ein homogenes Interesse unterstellt. Dieses Interesse kann nur eine Partei zum Ausdruck bringen. Jedes andere gesellschaftliche oder individuelle Interesse, das sich in anderen Parteien, Gewerkschaften oder Organisationen artikuliert, gilt als Verrat am „Volk“, als Eigennutz ohne Gemeinschaftssinn. In einer Werteparanoia („Kult um die Regenbogenfahne“, „Degeneration“, „Weltuntergangssekten“, „Klimakommunismus“) wird ein Untergangs- und Katastrophenszenario herbeigeredet, aber auch ein Erlöser, ein bescheidener Retter präsentiert, der aus der Mitte des „Volkes“ emporkommt („ich bin einer von euch“), sich aber über dieses erhebt: Der „Volkskanzler“.

In der Pseudo-Kritik an den vermeintlichen Eliten artikuliert sich ein antisemitisches Ressentiment, dass sich aufgrund gesellschaftlicher Tabuisierung nur mehr codiert äußern „darf“. Im antisemitischen Weltbild war jedoch die Vorstellung eines entwurzelten Bösen, von globalagierenden Eliten, die die nationalen Regierungen an der Nase herumführen, um dem Volk zu schaden und sich zu bereichern, schon seit jeher das zentrale Element, das sich auch im Verschwörungsdenken äußert. Die FPÖ ist hier die verfolgte Unschuld, die, weil sie gegen diese Eliten aufbegehrt, von „Ausgrenzung“ bedroht ist. Dass die FPÖ derzeit in Umfragen stärkste Partei und ständig medial vertreten ist, dass sie nur mit Drohungen und Beleidigungen gegen andere ihren Diskurs führt, ist zwar ein Widerspruch zu dieser Inszenierung, die aber keine Folgen für ihre Anhänger:innen hat. Rechtsextremismus war immer schon „halbdurchschaute Ideologie“.

Die Redewendung „Totale Hinwendung zur eigenen Bevölkerung und totale Abwendung von den selbsternannten Eliten“ gibt das antidemokratische (und zumindest strukturell antisemitische) Programm vor, mit der die FPÖ in die nächsten Wahlauseinandersetzungen gehen will. Sie ist es, die die widerstreitenden Interessen gewillt ist autoritär zu befrieden. Der „Volkskanzler“ symbolisiert den starken Mann, der sich durchsetzt und seine Legitimität aus viel tiefergehenden Quellen speist als parlamentarische Wahlen. Gerade diese fast schon mystische Verbundenheit mit dem „Volk“ macht ihm zum vorgeblich unkorruptierbaren Streiter für die gerechte Sache, dem sich alle anderen gesellschaftlichen Kräfte entgegenstellen würden um seinen Aufstieg zu verhindern.

Fazit

Die Verwendung des Begriffs „Volkskanzler“ durch die FPÖ ist nicht nur ein Kokettieren mit NS-Jargon. Der Begriff, wie ihn die FPÖ verwendet (und wie die Auszüge aus der Rede von Herbert Kickl am 1. Mai 2023 verdeutlichen), steht auch inhaltlich in der Tradition der NS-Ideologie und erfüllt heute noch dieselben rechtsextremen Implikationen in der politischen Erzählung. Der gelegentlich herangezogene Verweis, dass auch die SPÖ unter Gusenbauer den Begriff gebraucht hat, ist keine taugliche Rechtfertigung. Die Begriffsverwendung zeugt jedenfalls von einer historischen Verantwortungslosigkeit, selbst wenn sie sich nicht in voller Absicht in diese Tradition stellt. Im Falle der FPÖ muss das Urteil eindeutig ausfallen: Als Nachfolgepartei der Völkischen und Deutschnationalen, gegründet von ehemaligen Nazi-Funktionären, ist das Spielen mit Nazi-Jargon nichts unbeabsichtigtes, sondern ein bewusster Tabubruch und strategisches Mittel zum Transport antidemokratischer Inhalte.